

II-766 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
X. Gesetzgebungsperiode

14.7.1965

294/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. F i e d l e r , G l a s e r , R e g e n s b u r g e r  
und Genossen  
an den Bundeskanzler,  
betreffend die Tätigkeit des Mitgliedes des Verfassungsgerichtshofes  
Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Rosenzweig.

-.-.-.-.-.-

Im Zusammenhang mit einem Presseprozeß in Graz gab der Abgeordnete  
Franz Olah - laut "Tiroler Tageszeitung" vom Samstag, den 10. Juli - eine  
Erklärung ab, in der es u.a. heisst:

".....Zu der Auseinandersetzung um die Habsburg-Frage, die jetzt zwischen  
mir und einzelnen Herren der SPÖ bzw. über deren Meinung in einzelnen  
Phasen während vergangener Jahre besteht, ist folgende Episode bezeichnend.  
Sie soll in der derzeitigen Situation der Öffentlichkeit nicht vorenthalten  
werden.

Im Sommer 1963 kündigten eines Nachmittags Justizminister Dr. Broda  
und Dr. Rosenzweig ihren Besuch bei mir im Innenministerium an. Grund des  
Besuches der beiden Herren und ihr Vorbringen waren, ich solle sofort in  
meiner Eigenschaft als Bundesminister für Inneres einen Erlass an alle  
mir unterstellten Behörden, also vor allem die Sicherheitsbehörden, heraus-  
geben, in welchem ich kraft meiner Funktion als Innenminister feststelle  
und erkläre, welches höchstgerichtliche Urteil für die Sicherheitsbehörden  
der Republik Geltung hat und daher bindend ist, und welches höchstgericht-  
liche Urteil nicht anerkannt wird. Einen solchen Erlass herauszugeben  
lehnte ich ab, weil dies ein eklatanter Bruch der Verfassung und der Gesetze  
gewesen wäre. Dieses Ansinnen an mich stellten erstens der Justizminister  
der Republik Österreich, Exkommunist Dr. Broda, zweitens ein Mitglied des  
Verfassungsgerichtshofes der Republik, Dr. Rosenzweig.

Der Innenminister sollte nach Meinung dieser beiden Herren und Würden-  
träger autoritär, fast diktatorisch und allein feststellen, welches Höchst-  
gericht und welches Urteil in Österreich anerkannt wird. In diesem Falle  
wäre den Herren ein tatsächlich autoritäres Vorgehen von mir sogar recht  
gewesen, das zu tun, was mir nachher vorgeworfen wurde.

Ich gab nach gründlicher Prüfung einen Erlass bezüglich allfälliger  
Einreise von Dr. Otto Habsburg heraus, der sich streng an das Gesetz hält..."

294/J

- 2 -

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

1.) Sind Sie, Herr Bundeskanzler, in der Lage, die Richtigkeit der Behauptung des Abgeordneten Olah bezüglich des Mitgliedes des Verfassungsgerichtshofes Dr. Wilhelm Rosenzweig zu überprüfen ?

2.) Wenn sich herausstellt, daß diese den Tatsachen entspricht - - halten Sie, Herr Bundeskanzler, ein solches Verhalten eines Mitgliedes des Verfassungsgerichtshofes mit dessen weiterer Tätigkeit in diesem Höchstgericht für vereinbar ?

-.--.-.-.-.